

Belgien, Niederlande, Luxemburg

WICHARD WOYKE

Belgien

Die Vollendung des föderalen Staates

Anfang 1989 verabschiedete das Parlament den zweiten Teil der Staatsreform, der Belgien von einem Zentral- in einen Bundesstaat mit relativ autonomen Regionen umwandelte, nämlich das "Gesetz über die Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen". Damit wurde nun auch die finanzielle Kompetenzabgrenzung zwischen den Gebietskörperschaften vorgenommen. Die Regionen erhalten danach etwa 40% aller Staatsmittel¹. Von diesen entfallen auf Flandern 55%, Wallonien 36% und Brüssel 9%². Analog zu der Regelung in der Bundesrepublik Deutschland ist darüber hinaus ein horizontaler Finanzausgleich vorgesehen. Der erfolgreiche Abschluß der Staatsreform in Belgien ist auch im Einklang mit der von Belgien vertretenen Europakonzeption zu sehen. Danach soll das Subsidiaritätsprinzip Anwendung finden, d. h. daß nichts auf EG-Ebene entschieden werden soll, was besser auf nationaler, regionaler oder sogar lokaler Ebene entschieden werden kann³. Die Staatsreform Belgiens führte darüber hinaus zu praktischen Auswirkungen hinsichtlich der Vertretung belgischer Interessen im EG-Ministerrat. Seit 1987 war die Beteiligung an den Tagungen des EG-Ministerrats ein Streitpunkt zwischen Zentralregierung und den Regionen. Uneinigkeit über die Kompetenzverteilung führte wiederholt dazu, daß Belgien nicht aktiv an den Beratungen teilnehmen konnte, da beide Regionalregierungen für sich das Recht auf Teilnahme in den Bereichen, für welche ihnen Befugnisse zustehen, in Anspruch nahmen⁴. Da Wirtschafts-, Energie-, Beschäftigungspolitik, Infrastruktur, Medien- und Erziehungswesen, Außenhandel und Umweltschutz unter anderem den Regionen übertragen worden sind, diese Politiken aber auch durch die EG unmittelbar oder mittelbar beeinflußt werden, mußte auch die Beteiligung der Regionen im EG-Rahmen einer Regelung unterzogen werden, sollte der gewährte Autonomiestatus nicht zu einer Farce werden. Im September 1989 fanden Zentralregierung und die beiden Sprachgemeinschaften eine Regelung, die Ähnlichkeiten mit der Vertretung der deutschen Bundesländer in bezug auf die deutsche EG-Politik zeigt. Gemäß der abgeschlossenen Vereinbarung "werden die Vertreter der beiden Regionalregierungen neben dem zuständigen Minister der Zentralregierung an allen Tagungen des EG-Ministerrats teilnehmen können, bei denen Themen behandelt werden, für die ihnen im Zuge der Regionalisierung die Zuständigkeit übertragen wurde"⁵. Allerdings besitzt genau wie in

der Bundesrepublik Deutschland nur der Vertreter der Zentralregierung Stimmrecht im Ministerrat; er muß jedoch seine Kollegen aus Flandern und Wallonien vorher konsultieren. Eine typisch belgische Regelung wurde für den Fall gefunden, daß sich die beiden Regionalregierungen nicht einigen können. In diesem Fall hätte sich der belgische Vertreter im Rat der Stimme zu enthalten. Allerdings soll das Abstimmungsergebnis im Ministerrat sowohl für die Zentralregierung als auch für die Regionalregierungen bindend sein.

Europawahlen

Europa genießt in der belgischen Öffentlichkeit eine breite Unterstützung, gilt es doch in dem sprachgeteilten Belgien als ein Identifikationsobjekt. Die Gründung des belgischen "Nationalstaats" erfolgte zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Jedoch identifizierten sich die Bürger eher mit ihrer Sprachgemeinschaft als mit dem Zentralstaat. Europa wurde somit zum Ersatzvaterland. Vor diesem Hintergrund ist verständlich, daß der westeuropäische Integrationsprozeß eine starke Unterstützung in der belgischen Öffentlichkeit erfahren hat und auch weiterhin erfährt⁶. Daher verwundert es nicht, daß hochkarätige Politiker die Listen der Parteien zur Europawahl 1989 anführten. So war z. B. Leo Tindemans, langjähriger Außenminister, Spitzenkandidat der flämischen CVP, während der frühere EG-Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, Willy de Clercq, den Spitzenplatz der Liste der flämischen Liberalen besetzte.

Das Wahlergebnis⁷ brachte keine großen Veränderungen in die Parteienlandschaft. Die Zweiteilung in Flamen und Wallonen wurde bestätigt. Während die Christdemokraten in Flandern verloren und die Sozialisten gewannen, stellte sich das Wahlergebnis in Wallonien umgekehrt dar. Auch die Liberalen erzielten in Flandern Gewinne, hatten dagegen in Wallonien Verluste zu verzeichnen. Die eigentlichen Gewinner waren die "Grünen", die sich gegenüber 1984 mit einem Plus von 5,7 Prozentpunkten am meisten steigern konnten. Dagegen verlor die radikale Sprachenpartei "Volksunie" 3,1 Prozentpunkte und damit ein Mandat. Dieses Mandat gewann der rechtsradikale "Vlaams Bloc", der allein in der größten Hafenstadt Belgiens, Antwerpen, 20% der Stimmen erhielt. Der Rechtsradikalismus bekam Unterstützung durch ein Gebräu aus Fremdenfeindlichkeit sowie Alt- und Neonazismus.

Ziel: Binnenmarkt 1992

Für Belgien ist der Außenhandel von fundamentaler Bedeutung, wobei die EG-Mitgliedstaaten die wichtigsten Handelspartner sind. 1988 wurden allein 74% des Außenhandels mit den EG-Partnern abgewickelt. Frankreich und die Bundesrepublik sind mit jeweils 1/5 vor den Niederlanden mit knapp 15% die größten Exportkunden. Auch sind diese drei Staaten die drei größten Lieferanten Belgiens, wobei die Bundesrepublik mit fast 1/4 des gesamten belgischen Imports

dominiert⁸. Aufgrund der bereits sehr engen Verflechtung Belgiens mit den EG-Staaten dürften die Auswirkungen des Binnenmarktes in diesem Land nicht so gravierend sein wie in jenen Ländern, die einen geringeren Handelsaustausch mit den EG-Staaten aufweisen.

Belgien verspricht sich bessere Ergebnisse durch die Realisierung des Binnenmarktes als die EG in ihrer Gesamtheit. So errechnete der Planungsstab beim Wirtschaftsministerium einen Zuwachs des Inlandsprodukts um 4,5%, der Beschäftigung um 2% sowie eine Reduzierung der Verbraucherpreise um 5%⁹. Auch wird der Binnenmarkt nach dieser vorsichtigen Berechnung das Staats Haushaltsdefizit stärker abbauen als im gesamten EG-Schnitt¹⁰. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieser optimistischen Erwartungen unterstützt Belgien die Realisierung des Binnenmarktes nachdrücklich. Auf dem Studientag "Europa 92" kündigte Premierminister Martens im Oktober 1989 eine schnellere Umsetzung der EG-Richtlinien in nationales Recht ebenso an wie eine Verbesserung der Koordination der Europapolitik innerhalb der Regierung¹¹.

Belgien: integrationspolitischer Mahner und Warner

Kleinststaaten können in einer integrierten internationalen Organisation erfolgreich die Strategie des Mahners und Beschleunigers des Integrationsprozesses praktizieren. Die Regierung Martens sieht sich hier in der Tradition früherer belgischer Regierungen. So befürwortet die Regierung Martens den supranationalen Ansatz im Gegensatz zur Methode der Regierungszusammenarbeit. Der europäische Integrationsprozeß wird als irreversibel angesehen¹². Der neue Außenminister Marc Eyskens, der den in das Europäische Parlament wechselnden Leo Tindemans im Juli 1989 ablöste, erklärte, daß die einzige Lösung der zukünftigen Entwicklung EG-Europas in der Realisierung der Europäischen Union sowie der Ausstattung des Parlaments mit echten Kontrollbefugnissen liege¹³. Somit liegt die schnelle Realisierung der Wirtschafts- und Währungsunion im belgischen Interesse, d. h. daß die Pläne von EG-Kommissionspräsident Delors über die Verwirklichung der WWU Unterstützung finden. Allerdings nimmt Belgien dabei die Position ein, daß nach Möglichkeit alle Mitgliedstaaten den Weg zu dieser Wirtschafts- und Währungsunion gleichzeitig unterstützen¹⁴.

Die Niederlande

In den Niederlanden standen im vergangenen Jahr zwei miteinander in Beziehung stehende Themen im Vordergrund: Umweltschutz und Wahlen. Königin Beatrix hatte in der Weihnachtsansprache 1988 den Umweltschutz als eine zentrale Aufgabe für die Niederlande qualifiziert, als sie erklärte: "Unsere Welt leidet unter Verschmutzung an Luft, Boden und Wasser. Langsam stirbt die Erde, und das Unvorstellbare – das Ende selber – wird nun vorstellbar, die Vernichtung der Erde nicht in einem Schlag, sondern als stilles Drama"¹⁵.

Priorität: Umweltpolitik

Anfang 1989 nahm die niederländische Regierung unter Ministerpräsident Lubbers einen umweltpolitischen Richtungswechsel vor. "Der Streit für bessere Lebensbedingungen ist die wichtigste Aufgabe für ein gemeinsames Europa"¹⁶, erklärte Lubbers zu Jahresbeginn 1989. Zuvor war der regierungsamtliche Bericht "Sorgen für morgen" der Öffentlichkeit vorgelegt worden, in dem auf mehr als 400 Seiten die Umweltprobleme der Niederlande in aller drastischen Klarheit offengelegt wurden. Danach sind die Niederlande Westeuropas am meisten vergiftetes und verdrecktes Land. In keinem anderen Land der europäischen Gemeinschaft ist die Zerstörung der Umwelt so vorangeschritten wie in den Niederlanden¹⁷.

Angesichts der nahezu apokalyptischen Entwicklungen suchte Lubbers den Umweltschutz in einer Art Doppelstrategie voranzubringen: einmal international und zum anderen national. Der Ministerpräsident wollte eine Anpassung der europäischen Umweltmaßnahmen, um somit auch der eigenen Industrie Wettbewerbschancen zu erhalten¹⁸.

Auf nationaler Ebene entwickelte die christlich-liberale Regierung Lubbers im Winter 1988/89 den nationalen Umweltplan, der am 25. Mai 1989 vom Kabinett veröffentlicht wurde¹⁹. Dieser vor allem etatistisch geprägte Plan sah vor, daß der nachfolgenden Generation im Jahr 2010 eine "saubere Umwelt" hinterlassen werden sollte, d. h. die Umweltbelastung hätte bis zu 90% reduziert werden sollen. Zur Erreichung dieses Ziels wurde eine Halbierung der Abfallströme innerhalb von 10 Jahren, eine Reduzierung der Öl-Kohle-Kraftwerk-Emissionen und eine Senkung der Lastwagenschadstoffe um 75% bis zum Jahr 2010 vorgesehen²⁰. Bedeutsamer als die sehr hoch gesteckten, und nach Einschätzung des Umweltministeriums nicht erreichbaren²¹ Ziele sollten die kurz- und mittelfristigen Maßnahmen werden. So sieht der nationale Umweltplan für den Zeitraum 1989 bis 1993 zusätzlich 7,3 Mrd. holländische Gulden vor, um die schlimmsten Gefahren für die Umwelt abzuwenden²². Die Hälfte der entstehenden Kosten soll von der Industrie getragen werden. Die Einführung einer neuen speziellen Umweltsteuer soll knapp 3 Mrd. Gulden einbringen, womit z. B. die Entschwefelung von Kraftwerken finanziert werden soll. Daneben sind Steuererhöhungen für Benzin, Müllabfuhr, Düngemittel, Lastwagen und Hausbesitzer geplant²¹. Doch es war gerade dieser Umweltplan, der zum Scheitern der christlich-liberalen Regierung Lubbers führte. Der liberale VVD wandte sich vor allem gegen die Finanzierung des Umweltprogramms durch eine Erhöhung der Benzinsteuern, den Fortfall der abzugsfähigen Kosten im Berufsverkehr sowie die Kürzung des Verteidigungsetats²².

Wahlen und Regierungsbildung

Nachdem die christlich-liberale Koalition Anfang Mai 1989 zerbrochen war, wurden die Wahlen zur Zweiten Kammer für den 6. September angesetzt. Davor fanden allerdings die Wahlen zum Europäischen Parlament statt, die somit als ein Probelauf für die nationalen Parlamentswahlen angesehen wurden. Doch befaßten sich vor allem die großen Parteien mit europäischen Themen im Wahlkampf wie Binnenmarkt, europäischer Umweltschutzpolitik und europäischer Sozialpolitik. Die Wahlen zum Europäischen Parlament führten zum Zusammenschluß dreier linker Splitterparteien zu einem Wahlbündnis unter dem Namen "Grün Links" und leiteten damit eine Veränderung der Parteienlandschaft ein²³. Die neue Parteienföderation setzt sich für eine rigorose Umweltschutzpolitik ein und ist ökosozialistisch geprägt. Gewinner der Wahlen zum Europäischen Parlament wurden der Christen Demokratisch Appell, der sich auf 34,6% von 30,0% (1984) steigern konnte. Die sozialistische PvdA mußte einen Rückgang von 3 Prozentpunkten hinnehmen und kam mit 30,7% auf den zweiten Platz. Die liberale VVD mußte erhebliche Verluste hinnehmen, sank sie doch von 18,9% (1984) auf 13,6%. Einen leichten Zugewinn konnte der "Reegenboog" verbuchen, der seinen Anteil von 5,6% (1984) auf 7% steigerte. Wenn auch die ganz überwiegende Mehrheit der Wähler sich für pro-europäische Parteien aussprach, so zeigt die geringe Wahlbeteiligung von 47,2%, die 3,3 Prozentpunkte niedriger als 1984 lag, eine gewisse Europamüdigkeit in den Niederlanden²⁴.

Bei den Wahlen zur Zweiten Kammer im September war ein ähnliches Wahlverhalten wie bei der Europawahl festzustellen. Gewinner wurde erneut der CDA, der sich auf 35,3% der Stimmen steigern konnte. Die PvdA verlor leicht, während die VVD von allen Parteien die größten Verluste hinnehmen mußte. Sie fiel von 17,4% im Jahr 1986 auf 14,6% zurück. Als Gewinner konnten sich auch die "Demokraten 66" sowie das Bündnis "Grün-Links" fühlen, die ihre Sitzzahlen beträchtlich erhöhen konnten. (Vgl. Tabelle)

Partei	1986	Sitze	1989	Sitze
CDA	34,6%	54	35,3%	54
PvdA	33,3%	52	31,9%	49
VVD	17,4%	27	14,6%	22
D'66	6,1%	9	7,9%	12
Grün-Links	3,3%	3	4,1%	6
SGP	1,8%	3	1,9%	3
GPV	1,0%	1	1,2%	2
RPF	0,9%	1	1,0%	1
Sonstige	2,6%	0	2,1%	1

Nach siebenwöchigen Koalitionsgesprächen wurde eine Regierung aus CDA und PvdA gebildet. Premierminister der großen Koalition wurde erneut Ruud Lubbers. Stellvertreter des Ministerpräsidenten und gleichzeitig Finanzminister wurde Wim Kok, ein ehemaliger Gewerkschaftsvorsitzender. Dem neuen Kabinett gehören jeweils 7 Minister des CDA und der PvdA an. Für Kontinuität in der niederländischen Europapolitik bürgt die erneute Berufung von Außenminister Hans van den Broek (CDA) und Landwirtschaftsminister Gerrit Braks (CDA)²⁵. Der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, der Sozialist Piet Dankert, wurde Staatssekretär für Europafragen und Stellvertreter van den Broeks. In einer 102seitigen Koalitionsvereinbarung über das Regierungsprogramm liegen die Schwerpunkte eindeutig auf der Innen- und Umweltpolitik. Im Verständnis der neuen niederländischen Regierung bilden eine gemäßigte Einkommensentwicklung, hochwertige Infrastruktur und eine verbesserte natürliche wie auch soziale Umwelt die besten Voraussetzungen zur Stärkung der niederländischen Position innerhalb der Europäischen Gemeinschaft²⁶.

Europapolitische Ziele

Auch in der neuen Koalition besteht Einigkeit hinsichtlich der festen Verankerung der Niederlande in die westlichen Gemeinschaften, insbesondere NATO und EG, so daß ein Bericht des Außenministeriums vom Dezember 1988 mit dem Titel "Europa - der Weg voran - Aussichten für die 90er Jahre" auch Gültigkeit für die Regierung Lubbers/Kok beanspruchen kann. Danach optieren die Niederlande für die fortgesetzte Einigung Europas als einzigem wirklichen Weg in die Zukunft. Da es zum Integrationsprozeß für die Niederlande keine Alternative gibt, muß das Land auch bereit sein, Kompromissen zuzustimmen, die Opfer von den Niederlanden fordern²⁷. Sowohl materieller als auch immaterieller Nutzen, den die Niederlande aus ihrer Mitgliedschaft in der EG zögen, rechtfertigen nach Ansicht der Regierung diese Opfer²⁸. Hinsichtlich des Entscheidungsprozesses in der Gemeinschaft setzt sich die Regierung für weitere Verbesserungen der Prozeduren ein, die diesen Prozeß sowohl effizienter als auch demokratischer gestalten. In bezug auf die Außenbeziehungen fordern die Niederlande die Ausdehnung der EG auf die Außen- und Sicherheitspolitik. Wenngleich die EEA in dieser Beziehung einige bedeutsame Fortschritte aufweist, reicht dies nach Auffassung der niederländischen Regierung nicht aus. Die Niederlande befürworten auch für die Zukunft die traditionelle Sicherheitspartnerschaft mit den USA²⁹. Eine Erweiterung der Gemeinschaft wollen die Niederlande nur unter folgenden Kriterien zulassen: Beitrittswillige Staaten müssen die geschlossenen Verträge ebenso respektieren wie die bisher von der EG erzielten Leistungen. Darüber hinaus müssen sie bereit und fähig sein, einen positiven Beitrag zu weiterer ökonomischer und politischer Integration in Europa zu leisten. Allerdings machte Ministerpräsident Lubbers mehrfach deutlich, daß sich die Frage

einer Erweiterung der Gemeinschaft nicht vor der Verwirklichung des Binnenmarktes stelle³⁰.

Die Haltung zur Wirtschafts- und Währungsunion

Als ein Land, das 60% seines Nationaleinkommens durch den Export erzielt, von dem wiederum 75% in die übrigen EG-Länder gehen, haben die Niederlande ein besonderes Interesse an der Realisierung der Wirtschafts- und Währungsunion. Deshalb sucht die niederländische Regierung die Diskussion um die Währungsunion in Zusammenhang mit der Wirtschaftsunion zu behandeln. Dabei sind für die Niederlande folgende Punkte von Bedeutung: Es muß eine unabhängige europäische Zentralbank geben, die frei von Regierungseinfluß ist. Diese europäische Zentralbank muß als wichtigste Aufgabe die Stabilität der europäischen Währung und der europäischen Preise gewährleisten. Als notwendiges zusätzliches Element der europäischen Währungsunion wird eine Verbesserung der Koordination der Budgetpolitik vorgeschlagen³¹. Als 1989 der Plan der Währungsunion, vor allem durch den französischen Präsidenten Mitterrand, beschleunigt wurde, fand dieses Projekt die Unterstützung der niederländischen Regierung. Allerdings machte Ministerpräsident Lubbers zwei Vorbedingungen: erstens, daß Frankreich und Italien entsprechend dem Fahrplan von EG-Kommissionspräsident Delors ihre Beschränkungen für den freien Verkehr des Kapitals bis Mitte 1990 aufheben und zweitens, daß eine klare und feste Tagesordnung für die angestrebte Regierungskonferenz aufgestellt wird³².

Insgesamt sehen die Niederlande die Rolle der Europäischen Gemeinschaft im internationalen System als die eines dynamischen Akteurs, der seine Verantwortlichkeiten übernehmen muß. Europa muß nach niederländischer Auffassung bereit sein, Initiative zu übernehmen, um zu stabilen internationalen ökonomischen und politischen Beziehungen beizutragen³³.

Luxemburg

Promotor der europäischen Einigung mit nationalen Interessen

Am 18. April 1989 beging das Großherzogtum Luxemburg den 150sten Jahrestag seiner Unabhängigkeit. Dieses Ereignis stellte einen willkommenen Anlaß für den luxemburgischen Regierungschef Santer dar, die aktive Integrationspolitik Luxemburgs zu bekräftigen. "Die Geschichte zeigt, daß gerade ein kleines Land nur in einer größeren Gemeinschaft überleben kann. Das haben wir in unserer Vergangenheit gesehen, als wir als einziges unabhängiges Land dem deutschen Zollverein angehörten, ohne damit nach dem Ersten Weltkrieg in die deutsche Einheitsbewegung einbezogen zu werden. Wir haben uns trotzdem politisch emanzipiert und wirtschaftlich bereichert"³⁴. So setzte Luxemburg auch 1989/90 seine aktive Integrationspolitik fort, ohne allerdings seine eigenen Interessen außer acht zu

lassen. Das Großherzogtum baute seinen Platz als Bankenstandort weiter aus. Die Anzahl der in- und ausländischen Banken im Großherzogtum stieg von 118 Ende 1985 auf 165 Ende November 1989. Allein 1989 ließen sich 23 neue Geldinstitute in Luxemburg nieder. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der im Bankensektor Beschäftigten von 10.213 auf 14.411. Auch die Bilanzsumme wuchs im gleichen Zeitraum um 67%. "Während in anderen Ländern das Verhältnis der Bilanzsumme des Bankensektors zum Brutto-Inlandsprodukt gewöhnlich bei 2,5 : 1 liegt, betrug es in Luxemburg bereits im Jahre 1970 gut 4 : 1 und dürfte heute bei etwa 40 : 1 liegen"³⁵. Um die Reputationsfähigkeit des internationalen Bankenplatzes Luxemburg aufrechtzuerhalten, widersetzte sich die Regierung vehement den Plänen der EG-Kommission zur Einführung einer Quellensteuer auf Kapitalerträge. So erklärte Ministerpräsident Santer, daß die Einführung der Quellensteuer nicht im Interesse eines europäischen Wirtschaftsraums sei, gerade zu einem Zeitpunkt, "in dem die Gemeinschaft im Hinblick auf 1992/93 notwendige Finanzmittel braucht, um den gemeinsamen Markt vorzubereiten"³⁶. Die Regierung Luxemburgs ließ immer wieder verlautbaren, daß sie sich einer EG-weiten Einführung der Quellensteuer widersetzen würde und verwies auf die EEA, die bei der Harmonisierung von Steuern Einstimmigkeit in der Entscheidung im Ministerrat vorsieht³⁷.

Um aber auch international dem Bankenplatz Luxemburg weiteres Vertrauen zuzuführen und die Konkurrenzfähigkeit mit anderen europäischen Finanzmetropolen wie London und Zürich zu erhöhen, wurden 1989 vertrauensbildende Maßnahmen vorgenommen. So wurde das Bankgeheimnis, das bereits im Strafgesetzbuch und in der Abgabenordnung des Landes fixiert war, nun auch rechtlich niedergelegt. Damit wurde eine bisher gehandhabte Praxis, nämlich der Steuerfahndung keine Auskünfte über Bankdepósitos zu geben, legalisiert. Durch großherzoglichen Erlaß vom 24. März 1989 wurde den Steuerbehörden ausdrücklich untersagt, "bei Banken, anderen Finanzgesellschaften, Beteiligungsgesellschaften und Kollektivanlageorganismen zur Steuerprüfung Erkundigungen über die Situation ihrer Kunden" einzuziehen³⁸. Auch ausländischen Steuerbehörden wird keine Auskunft erteilt. Um aber das Bankgeheimnis nicht mißbrauchen zu lassen, wurde am 7. Juni 1989 ein Gesetz verabschiedet, das unter anderem Geldwäscherei aus dem Drogenhandel ebenso stark bestraft wie den Drogenhandel selbst. Banken haben nun eine erweiterte Sorgfaltspflicht, d. h. sie müssen die Identität von Kunden auch bei Anlagegeschäften mit Edelmetallen oder Barbeträgen prüfen. Wenngleich Luxemburg sich innerhalb der EG zu einem der wichtigsten Finanzstandorte entwickelt hat, besteht doch in dieser Entwicklung die Gefahr der erneuten wirtschaftlichen Einseitigkeit – wie in den ersten Nachkriegsdekaden mit der Stahlindustrie.

Wahljahr 1989

Die Wahlen zum Europäischen Parlament und zur Abgeordnetenkommer fanden wie auch 1979 und 1984 am gleichen Tag statt, so daß Europathemen und nationale Themen sich im Wahlkampf vermischten. Aber auch in Luxemburg gilt: der nationale Aspekt dominiert den europäischen Wahlkampf³⁹. Europapolitische Themen waren die von Luxemburg abgelehnten Pläne der EG-Kommission zur Einführung der Quellensteuer, die Frage der Institutionen – besonders des Generalsekretariats des Europäischen Parlaments sowie der europäische Binnenmarkt. Zum ersten Mal in der Geschichte hatten wenn auch wenig erfolgreich zwei nationalistische Parteien kandidiert und gegen die zunehmende Überfremdung Luxemburgs polemisiert. Eine Kampagne unter dem Motto "Luxemburg den Luxemburgern" sollte ihre Kandidaten in das Parlament tragen. Auch die anderen Parteien sprachen sich gegen ein zentralisiertes und bürokratisches Europa aus⁴⁰. Die Wahl zum Europäischen Parlament bestätigte die bisherige Mandatsverteilung, d. h. die Christlich-Soziale Volkspartei wurde mit drei Sitzen wiederum stärkste Partei, gefolgt von der Sozialistischen Arbeiterpartei, die zwei Sitze auf sich vereinigen konnte. Das sechste dem Großherzogtum zustehende Mandat erhielten die Liberalen. Bedeutsam am luxemburgischen Wahlergebnis ist der Anteil von knapp 9% ungültigen Stimmen, wodurch signalisiert wurde, daß die von den Parteien verfolgte Europapolitik nicht akzeptiert wurde.

Die Wahlen zur Abgeordnetenkommer erfolgten vor dem Hintergrund einer Reduzierung von 64 auf 60 Mandate, da die Luxemburger Bevölkerung sich in einem Schrumpfungsprozeß befindet. Neben den durch den Europawahlkampf bedingten Themen standen auch spezifische luxemburgische Themen wie Gerechtigkeit bei den Pensionen oder Umweltzerstörung im Zentrum der Auseinandersetzung⁴¹. Die etablierten großen Parteien mußten durchweg Rückschläge hinnehmen. Stärkste Partei blieb die CSV, die nun anstelle von bisher 25 noch über 22 Mandate verfügt. Die Sozialisten als zweitstärkste Kraft gewannen 18 Sitze und büßten somit ebenfalls 3 Mandate ein. Auch 3 Mandate verlor die Demokratische Partei, die nun über 11 Sitze in der Kammer verfügt. Eigentlicher Sieger der Wahlen ist das sozialpoujadistische 5/6 Aktionskomitee – eine Einpunktpartei, die für die Angleichung der Pensionen im öffentlichen und privaten Sektor antrat⁴² und auf Anhieb 4 Parlamentssitze erringen konnte. Ebenfalls 4 Sitze gewannen die beiden Grünen Parteien (GLEI und GAP) 2 Sitze mehr als 1984. Die Aufsplitterung des Protestwählerpotentials führte dazu, daß die Kommunisten in der neuen Kammer nur noch mit einem Mandat vertreten sind. Die große Koalition von Christlich-Sozialer Volkspartei und Sozialistischer Arbeiterpartei wurde unter der Führung von Jacques Santer und Jacques Poos erneuert.

Der Kampf um die Institutionen – ein Dauerbrenner

Seit 1951 bemüht sich das Großherzogtum erfolgreich um die Beherbergung internationaler Organisationen. Die Zusammenlegung der Exekutiven der Gemeinschaften 1965/67 und der damit verbundene Umzug der Hohen Behörde/Kommission nach Brüssel führte zwar zur Ansiedlung neuer EG-Institutionen in Luxemburg – unter anderem Statistisches Amt und Rechnungshof –, minderte aber im Vergleich mit Brüssel den Status Luxemburgs. So ist es nicht erstaunlich, daß seitens des Großherzogtums der Erhalt der bestehenden europäischen Institutionen in Luxemburg von besonderer Bedeutung ist. Der Beschluß des Europäischen Parlaments vom 18. Juli 1989, nicht nur künftig seine Sondersitzungen zunehmend in Brüssel abzuhalten, sondern auch ca. 1.100 der 2.100 Parlamentsbeamten nach Brüssel umzusiedeln, rief den Widerspruch der luxemburgischen Regierung hervor. Luxemburg wertet die Entscheidung des Europäischen Parlaments als im Widerspruch zum Urteil des Europäischen Gerichtshof stehend, wonach keine ganzen oder Teile von Dienststellen des Sekretariats vom luxemburgischen Sitz wegverlagert werden dürfen. So überreichte im Februar 1989 eine Delegation der luxemburgischen Abgeordnetenkammer dem EG-Präsidenten eine vom luxemburgischen Parlament einstimmig verabschiedete Resolution, in der gegen den Abzug von Parlamentsbeamten protestiert wird⁴³. Im September 1989 sandte Außenminister Poos einen persönlichen Brief an jeden der 518 EP-Abgeordneten, in dem er auf die alleinige Entscheidungsbefugnis der Regierungen in der Sitzfrage der Organe hinwies⁴⁴. Zwar beharrt Luxemburg auf seinen ihm 1965 zugewiesenen Rechten, jedoch dürfte langfristig aus Gründen der Arbeitsökonomie ein Umzug des Europäischen Parlaments an den Ort der Exekutive unausweichlich sein.

Die Benelux-Staaten und die deutsche Frage

Nach der Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989 wurde bei den westlichen Nachbarn Deutschlands in der Öffentlichkeit eine latente Furcht über ein vereintes Deutschland geäußert. So führten z. B. der mit den Verbündeten nicht abgesprochene Zehn-Punkte-Plan von Bundeskanzler Kohl zur deutschen Einigung, das deutsch-deutsche Projekt der Währungsunion, die Hauptstadtdiskussion sowie das Taktieren mit der Oder-Neiße-Grenze zu Befürchtungen, daß die Bundesrepublik Deutschland zu einem Problem für das europäische Gleichgewicht werden könnte⁴⁵. Je mehr allerdings erkennbar wurde, daß sich die deutsche Einigung mit der Zustimmung der vier Siegermächte vollziehen wird, verringerten sich auch die Befürchtungen vor einem vereinten Deutschland. So erklärte Luxemburgs Ministerpräsident Santer zu Beginn des Jahres 1990, daß die politischen Akteure in der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen vier Jahrzehnten Verantwortungsbewußtsein bewiesen hätten, so daß von einem demokratischen Deutschland keine Gefahr ausginge⁴⁶. Und Belgiens Ministerprä-

sident Martens gab sich überzeugt, daß auch ein vereintes Deutschland ebenso fest wie die Bundesrepublik Deutschland in der EG verankert bleibt⁴⁷. Die Zweite Kammer in den Niederlanden sprach sich im Februar 1990 mit überwältigender Mehrheit dafür aus, daß das vereinte Deutschland nicht neutral sein darf und die Oder-Neiße-Grenze definitiv als polnische Westgrenze seitens Deutschland anerkannt werden muß⁴⁸. Mit dieser Haltung stimmen auch die Regierungen in den Benelux-Staaten überein. Doch je mehr man sich in den Benelux-Staaten mit dem Prozeß der deutschen Einigung auseinandersetzte, um so mehr erkannte man auch die Vorteile, die sich aus diesem Prozeß ergeben könnten. In den Niederlanden, die allein 30% ihrer Exporte in die Bundesrepublik Deutschland ausführen, versprechen sich Wirtschaftsexperten von einem stärkeren Wachstum in einem vereinten Deutschland ein automatisches Wachstum der niederländischen Volkswirtschaft. Die Gefahr einer importierten Inflation wird dabei als gering angesehen⁴⁹.

Das Problem der deutschen Einheit führte allerdings zu Verstimmungen zwischen den Benelux-Staaten und ihren wichtigsten Allianzpartnern USA, Großbritannien und Frankreich. So wurde im niederländischen Parlament Kritik von den meisten Parteien daran geübt, daß über die zukünftige Entwicklung Deutschlands nur die vier Alliierten mit den beiden deutschen Staaten, gemäß der plastischen Formel "Zwei plus Vier", beraten sollen⁵⁰.

Insgesamt gesehen hat sich in den ersten Monaten des Jahres 1990 eine nüchterne Betrachtungsweise der deutschen Frage in den Benelux-Staaten eingestellt. Es ist erkennbar, daß in allen drei Staaten die Lösung der deutschen Frage zunächst innerhalb der EG und dann im gesamteuropäischen Rahmen angestrebt wird.

Anmerkungen

- 1 Vgl. van Hulle, Patrick: Belgien auf dem Weg zum föderalen Staat, in: Europa-Archiv 14 (1989), S. 464.
- 2 Vgl. Archiv der Gegenwart (AdG) v. 9. 1. 1989, S. 32939.
- 3 Vgl. Europe Nr. 5123 v. 1. 11. 1989.
- 4 Vgl. VWD v. 27. 9. 1989.
- 5 Ebd.
- 6 Vgl. Financial Times v. 16. 6. 1989.
- 7 Dokumentiert im Jahrbuch der Europäischen Integration 1988/89, S. 433.
- 8 Vgl. Paul de Keersmaeker: Partner Belgien im Binnenmarkt, in: Europäische Zeitung, Juli/August 1989.
- 9 Vgl. ebd.
- 10 Vgl. Europe v. 9./10. 10. 1989.
- 11 Vgl. VWD v. 2. 7. 1989.
- 12 Vgl. VWD v. 5. 7. 1989.
- 13 Vgl. VWD v. 26. 6. 1989.
- 14 Zitiert nach Süddeutsche Zeitung (SZ) v. 5. 5. 1989.
- 15 Vgl. SZ v. 24. 1. 1989.
- 16 Vgl. Die Zeit Nr. 20 v. 12. 5. 1989.
- 17 Vgl. Axt, Heinz-Jürgen: Griechenland, in: Jahrbuch 1988/89, S. 293.
- 18 Vgl. AdG v. 25. 5. 1989, S. 33359.
- 19 Vgl. Neue Zürcher Zeitung (NZZ) v. 9. 9. 1989.
- 20 Vgl. AdG v. 25. 5. 1989, S. 33359.
- 21 Vgl. Die Zeit Nr. 20 v. 12. 5. 1989.
- 22 Vgl. SZ v. 2. 5. 1989.
- 23 Vgl. AdG v. 25. 5. 1989, S. 33359.
- 24 Vgl. Die Welt v. 9. 6. 1989.
- 25 Vgl. NRC-Handelsblatt v. 19. 6. 1989. Die

- Wahlergebnisse sind dokumentiert im Jahrbuch 1988/89, S. 433 und 435.
- 26 Vgl. AdG v. 7. 11. 1989, S. 33933.
- 27 Vgl. NZZ v. 4. 11. 1989.
- 28 Vgl. Ministry of Foreign Affairs: Europe: The way forward. Den Haag 1988, S. 7.
- 29 Vgl. ebd.
- 30 Vgl. Vereinigte Wirtschaftsdienste (VWD) v. 4. 4. 1989.
- 31 Vgl. Ministry of Foreign Affairs, a. a. O., S. 17 f.
- 32 Vgl. Financial Times v. 21. 11. 1989. Vgl. auch Rahmsdorf, Detlev W.: Währungspolitik, in diesem Band.
- 33 Vgl. Ministry of Foreign Affairs, a. a. O., S. 39.
- 34 Vgl. AdG v. 17./18. 4. 1989, S. 33264 f.
- 35 Picard, Jan Jacques: Gewicht des Bankensektors bereitet zunehmend Sorgen, in: SZ v. 28. 2. 1990, Beilage Luxemburg.
- 36 Interview in: Die Welt v. 19. 4. 1989.
- 37 Vgl. Interview von Jacques Santer in: Der Spiegel v. 5. 6. 1989, S. 118–125. Vgl. Woyke, Wichard, in: Jahrbuch 1988/89, S. 296.
- 38 Picard, a. a. O.
- 39 Vgl. Die Welt v. 3. 6. 1989.
- 40 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 15. 6. 1989. Wahlergebnisse dokumentiert im Jahrbuch 1988/89, S. 435.
- 41 Vgl. Le Monde v. 16. 6. 1989.
- 42 Vgl. Financial Times v. 8. 6. 1989.
- 43 Vgl. VWD v. 14. 2. 1989.
- 44 Vgl. Europe Nr. 5087 v. 11./12. 9. 1989.
- 45 Vgl. Die Zeit Nr. 12 v. 16. 3. 1990.
- 46 Vgl. SZ v. 28. 2. 1990.
- 47 Vgl. International Herald Tribune v. 20. 11. 1989.
- 48 Vgl. De Volkskrant v. 23. 2. 1990.
- 49 Vgl. The Wall Street Journal v. 22. 2. 1990.
- 50 Vgl. De Volkskrant v. 28. 2. 1990.

Weiterführende Literatur

- Houweling, Henk und Jan Geert Siccama (Hrsg.): Europa-Speelbal of Medspeler – Europese machtspolitiek in verleden en toekomst. Baarn 1988.
- Obersch, Dieter: Die wirtschaftliche Integration der Benelux-Staaten. Köln 1983.
- Ministry of Foreign Affairs: Europe: The way forward – the outlook for the 1990. Den Haag 1988.
- Sleuwaegen, Leo: Multinationals, the European Community and Belgium: the small-country case, in: Journal of Common Market Studies 26 (1987), S. 225–272.
- Woyke, Wichard: Erfolg durch Integration. Die Europapolitik der Benelux-Staaten von 1947 bis 1969. Bochum 1985.